

Essay

Es geht uns gut

Geiseln in Libyen, UBS-Debakel, Steuerstreit mit dem Ausland: Die Schweiz hat ein schlechtes Jahr hinter sich – heisst es allenthalben. Stimmt nicht. Das Land steht recht gut da, wirtschaftlich, gesellschaftlich und auch politisch. Wer klagt, tut das auf hohem Niveau, schreibt Wolf Linder

Journalisten in Paris, London und Los Angeles schreiben auf den Untergang der Eidgenossenschaft hin», meldete jüngst die NZZ, und zitierte die Herald Tribune: «Die Tage des Schweizer Paradieses sind gezählt.» Als Politologe mag ich in diesen Chor nicht einstimmen. Lassen wir UBS-Debakel, OECD-Steuerkodex und libysche Geiselnahme als Tagesereignisse weg, so hat sich die Res publica helvetica in der Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte recht gut geschlagen.

Die direkte Demokratie geniesst die Wertschätzung der Bürgerschaft auch bei jenen, die der Urne fernbleiben, und sie funktioniert auch im 21. Jahrhundert. Der Föderalismus erlaubt uns nach wie vor dezentrale Autonomie und Vielfalt, und es waren Reformen möglich, um die uns deutsche Politiker beneiden. Im Nationalteam des Fussballs sind es die jungen Secundos, die für die Schweiz die Tore schiessen. Diese und andere Erfolge bei der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung wären wohl kaum vorstellbar ohne die zahlreichen Vereine und sonstigen Kapillaren der Zivilgesellschaft. Allen Unkenrufen zum Trotz hat die Konkordanz Bestand: Die Volksrechte zwingen die Parteien zur Zusammenarbeit.

Die Politik der helvetischen Republik hat Anteil daran, dass es uns wirt-

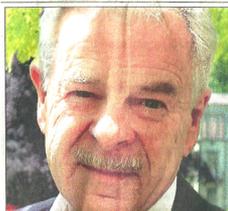
schaftlich weiterhin gut geht. Die Vergleichszahlen mit unsern Nachbarländern zu Arbeitslosigkeit, Einkommen, Steuerbelastung oder zur Zahl der Beamten pro Einwohner lassen sich sehen. Wer mit der Bahn in den Süden fährt, merkt spätestens beim Warten auf den nächsten Zuganschluss, wo unser Land aufhört. Es gibt ein Leben ausserhalb der EU, und offenbar kein schlechtes, wie die letztjährige Einwanderung von über 110 000 Personen aus dem EU/EFTA-Raum und die Ausstellung von 43 000 Schweizer Pässen zeigt. Wer trotzdem klagt, tut dies auf hohem Niveau.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich die Position der Schweiz in ihrem internationalen Umfeld drastisch verändert. Wir spüren den rauhen Wind der Globalisierung und den mächtigen Druck der Europäisierung. Sie haben auch unser politisches System und seine Entscheidungsprozesse tiefgreifend verändert:

- Das schweizerische Recht ist heute mehrheitlich internationales Recht geworden. 53 Prozent des gesamten Bundesrechts bilden heute internationale Verträge und Vereinbarungen. Darin spiegeln sich selbstverständlich unsere Verträge mit der EU. Häufig wird dabei das komplizierte und ausschweifende EU-Recht einfach übernommen – mehr als nur eine gesetzgeberische Leichtfertigkeit. Hält man sich vor Augen, dass das ganze internationale Recht der Schweiz heute rund 29 000 Seiten umfasst, das EU-Wirtschaftsrecht dagegen über 85 000 Seiten, sieht man auch, was bei einer Eins-zu-eins-Annahme auf uns zukäme.

- Globalisierung fördert den Exekutivstaat und entwertet Parlament und Volkerechte. Im Landesrecht können die eidgenössischen Räte die Vorlagen des Bundesrats frei bis ins letzte Komma gestalten. Im internationalen Recht dagegen ist dies dem Parlament verwehrt; es kann ein völkerrechtliches Abkommen nur als Ganzes genehmigen oder verwerfen. Das politische Entscheidungsgewicht

Wolf Linder



Prof. Wolf Linder forschte und lehrte Politikwissenschaft in Konstanz, Zürich, Lausanne und Bern. Er wirkte mit am «Handbuch der Schweizer Politik» und verfasste die Monografien «Schweizerische Demokratie» bzw. «Swiss Democracy», die als Klassiker der Schweizer Politikforschung gelten und 2010 in neuer Überarbeitung erscheinen. Der vorliegende Text beruht auf Wolf Linders Abschiedsvorlesung an der Universität Bern vom 5. November 2009.

bewegt sich weg vom Parlament, hin zur Exekutive. Damit entfernt sich die Republik auch von ihren Bürgerinnen und Bürgern.

Aber haben wir nicht, als eine Art Gegengewicht, die direkte Demokratie vor sechs Jahren erweitert, indem alle wichtigeren Völkerrechtsverträge dem fakultativen Referendum unterstellt wurden? Richtig, doch kommt hier ein neues Risiko auf uns zu. Das Nein zu einem Bundesgesetz kann durch eine neue Vorlage ohne weiteres repariert werden. Bei einem internationalen Vertrag ist dies nicht so einfach. Ein verworfenes Abkommen setzt Neuverhandlungen mit einem internationalen Partner voraus, der vielleicht keine Lust dazu hat. Er ist nicht verpflichtet, der Schweiz eine zweite Vorlage zu bringen. Man darf nur hoffen, dass dieses Risiko sich in den kommenden Jahren als nicht zu gross erweist, wenn das Volk die erste ablehnt.

- Wir haben eine hausgemachte Globalisierung. Es wird oft so getan, als falle die Globalisierung vom Himmel wie das Wetter, zu dem wir zwar Prognosen anstellen, aber nichts ändern können. Selbstverständlich bedeutet Globalisierung Druck von aussen, und gegen ihren Trend kann ein einzelnes Land wenig ausrichten. Das ist aber nur die eine Hälfte der Wahrheit. Die andere Hälfte ist die, dass massgebli-

Es wird so getan, als sei Globalisierung etwas, woran wir nichts ändern könnten. Doch sie ist auch hausgemacht.

che Interessengruppen, etwa der Exportindustrie oder der Konsumenten, den Druck aus Brüssel dazu benutzen ihre Forderungen nach Marktliberalisierung innenpolitisch besser durchzusetzen. Sie sind stärker geworden auf dem politischen Parkett, während Gruppen des Binnenmarktes, vor allem das Gewerbe, die Landwirtschaft und die Gewerkschaften, schwächer geworden sind.

- Globalisierung schafft neue Gewinner und Verlierer. Sie spaltet die schweizerische Gesellschaft. In der Stimmbürgerschaft beobachten wir seit über 20 Jahren eine markante Vertiefung der sozialen Kluft zwischen Stadt und Land sowie eine Verstärkung des Grundkonflikts zwischen Kapital und Arbeit. Der Aufstieg der SVP zur grössten politischen Partei hat darum handfeste wirtschaftliche Hintergründe. Es sind die Globalisierungsverlierer, die politisch am ehesten bei der SVP ihre Heimat finden.

Die Klagen über den Verlust der Gemeinsamkeiten der politischen Parteien, die zunehmende Polarisierung und über die Verrohung der politischen Auseinandersetzung sind verbreitet und berechtigt. Denn die Fähigkeit, dem politischen Gegner zuzuhören und mit Respekt zu begegnen, hat nicht nur in der öffentlichen Auseinandersetzung in den Medien abgenommen, sondern auch im Parlament und in seinen Kommissionen. Das bedeutet in der Tat einen substantziellen Verlust an der politischen Kultur der Verständigung. Schliesslich ist mit dem konsequent auf Wahl-

